

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Rede zum Haushaltsentwurf 2012

Der Himmel über uns hellt sich etwas auf, sagte mein Kollege Schmid zu Beginn der Etatberatungen. Und am Schluss zwei Tage stand ein kleines Plus, also netto Tilgung von 673.000 Euro Schulden. Es scheint, wir könnten aufatmen und weiter machen wie bisher. Aber schauen wir uns die Zahlen genauer an. 3,2 Mio aus der Rücklage und ein Negativsaldo beim Grundstücksverkehr machen klar: Wir machen auch dieses Jahr Minus, wobei der weitere **Substanzverzehr** an unseren Strassen und am Gebäudebestand größtenteils noch gar nicht eingerechnet ist. Hinzu kommt eine Hype der Konjunktur, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht mehr hatten. Dies belegt die – Gott sei Dank – niedrigste Arbeitslosenquote seit 20 Jahren. Schon eine Stagnation beim Konjunkturverlauf würde uns wieder weit in die roten Zahlen katapultieren.

Kommt ein Abschwung oder Absturz, was leider bei dem „**Tanz auf dem Vulkan**“ der internationalen Finanzmärkte alles andere als unwahrscheinlich ist, werden wir uns ganz schnell bei einer drastischen Sparrunde wieder sehen. Griechenland lässt grüssen. Tun wir doch nicht so, als ob nur andere Länder Jahrzehnte lang über ihre Verhältnisse gewirtschaftet hätten.

Deshalb bleibt für uns das **Sparen ganz oben auf der Tagesordnung**. Dies gilt vor allem für den *Betrieb* unserer Einrichtungen, aber natürlich auch im Hinblick darauf, jede Investition genau auf Notwendigkeit und vor allem Folgekosten zu hinterfragen. Wir nehmen es in Kauf, dann eben ab und an als Krämerseele dazustehen.

Jüngst mussten wir sogar in einem Zeitungsbericht wegen unserer Vorstellungen zur Neugestaltung der Museumslandschaft lesen, wir seien Verfechter eines schwachen Staates. Manchmal irrt der Schreiber, denn ganz im Gegenteil: Wir wollen einen starken Staat, um die **Zukunftsaufgaben, vor allem im Bildungs- und Sozialbereich** zu schultern. Auch – dies nur als Nebenbemerkung - bei den Finanzmärkten wäre ein solcher bitter nötig anstatt des maßlosen Deregulierungswahns und eine von Lobbyisten kastrierte Aufsicht über die Märkte.

Und wir brauchen einen leistungsfähigen öffentlichen Sektor auf Grund der demographischen Verwerfungen mehr denn je.

Eine ganze junge Generation mitzunehmen, gleich aus welchem Land und aus welcher Familie die Kinder und Jugendlichen kommen, dafür braucht ein Gemeinwesen Kraft.

Die **Entkoppelung der Bildungschancen von der sozialen Herkunft** ist deshalb das zentrale Projekt, das sich die **neue Landesregierung** auf die Fahnen geschrieben und damit einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik eingeleitet hat. Dies beginnt Wirkung zu zeigen: **Allein 1,5 Millionen Euro jährlich mehr für die Kleinkindbetreuung** und weitere zusätzliche Mittel für die Schulsozialarbeit und für die Sprachförderung **kommen vor Ort in Aalen an**. Diese dürfen nicht im allgemeinen Haushalt versacken, sondern müssen auch zielgerichtet eingesetzt werden, um vor allem Kinder aus sozial benachteiligten Familien und mit Migrationshintergrund zu fördern. Aufsuchende Familienarbeit noch vor dem Kindergarten, intensive Sprachförderung und ein massiver Ausbau der Ganztageschule als zwingende Voraussetzung für einen Erfolg werden alle öffentlichen Haushalte, auch den unseren, bis an die Schmerzgrenze belasten. Dies bedeutet zum einen, dass wir uns Animositäten bei der sinnvollen Zusammenarbeit von Schulen und der Ausnutzung personeller und räumlicher Kapazitäten nicht werden leisten können.

Und es hat zum anderen zwingend zur Folge, dass wir in anderen Bereichen der öffentlichen Ausgaben kleinere Brötchen backen müssen. weil wir die zukünftige Generation, die ohnehin in einer alternden Gesellschaft extrem mit Soziallasten beschwert sein wird, nicht weiterhin mit immer noch mehr Schulden bestrafen wollen. Und das hat eben wieder zur Konsequenz, dass wir auch die **Bürgerinnen und Bürger**, die es leisten können, **stärker in die Pflicht nehmen** wollen.

Damit sind wir beim Ausgangspunkt, unserer Forderung nach Subsidiarität. Nämlich dort, wo auch leistungsfähige private Akteure auftreten, z.B. im Kulturbereich. So sagen wir z.B. beim Museumskonzept: Ja, wir stehen euren interessanten Anregungen offen gegenüber, aber wir können hier vieles nur dann leisten, wenn verstärktes Engagement von der Kulturszene selbst und von Sponsoren, auch aus der Wirtschaft, kommt.

Wir wollen eine **Konzentration der städtischen Leistung bei den Museen auf wenige Kernbereiche**, die aber museumspädagogisch und werbetechnisch äußerst professionell aufgleist.

Wer weitere Museen oder Galerien will, der kann im Einzelfall einen Anschub bekommen, betreiben muss er sie aber selber. Denn das frisst uns auf: Auf allen Hochzeiten zu tanzen und zwar die laufenden Kosten, der Betrieb.

Mir wurde in den vielen Gesprächen mit Akteuren der Kulturszene trotz aller Interessengegensätze auch viel Verständnis für diese Position entgegengebracht. Entscheidend ist hier, das wurde mir signalisiert: Die ehrenamtlich Engagierten, die hier die wertvolle Arbeit leisten, müssen und wollen wissen, woran sie sind. Sie wollen klare Ansagen, einen Rahmen, an dem sie sich orientieren und

entscheiden können. Diese Voraussetzung wollen wir im Frühjahr mit einer Neuaufstellung der Museumslandschaft und zwar in ihrer Gänze schaffen. Ziel: Die Einsparvorgaben, die der Rat gemeinsam beschlossen hat, auch tatsächlich umzusetzen.

Dass die rund 300.000.- Euro städtischen Gelder, die in Form der kostenlosen Dreingabe des Cafe Gebhard-Gebäudes für den **Durchstich zum Mercatura** vorgesehen sind, zu den kropfunnötigen Ausgaben gehören, pfeifen mittlerweile die Spatzen von den Dächern. Obwohl die Gemeinderatsmehrheit ja leider jüngst die Beingasse durch Befreiung von allen Vorgaben einer Altstadtbebauung zur Umwandlung in grossvolumige Klötze ala ehemalige Rheinelektra und Schuhhaus Wagner voll zur wirtschaftlichen Ausmostung durch die Eigentümer frei gegeben hat, soll der Steuerzahler noch zusätzlich ein Loch durch die Stadt finanzieren. Wir empfehlen, hier die Rechnung an die – wenigen – Besteller dieser Lücke zu senden.

Wir hätten auch die 400.000.- Euro für die Umgestaltung des **Ellwanger Torplatzes** bis auf weiteres eingespart. Der Eigentümer des Hotels kann problemlos sein Grundstück an die vorhandene Situation anschliessen, wie andere Bauherrn dies auch tun müssen, für die auch keine Umgestaltung von Strassen oder Plätzen erfolgt. Hohe Dringlichkeit sehen wir in dieser Umgestaltung nicht.

Die Debatte zum Etat 2012 war dominiert von der **Verkehrspolitik**. Befeuert durch Studentenprotest, der zwar nicht in der Form, aber im Inhalt – Kämpfen für den Kreisverkehr – neu war. Die Schlacht um den Kreisel hat auf beiden Seiten Kräfte gebunden, aber auch Energien frei gesetzt.

Die Auseinandersetzung beinhaltet wie fast immer in solchen Fällen auch Chancen.

Wir sind bereit, *auch* über den Kreisverkehr zu reden, erwarten von den Studenten aber, das wir *nicht nur* über eine Strassenkreuzung sprechen. Gegenstand eines konstruktiven Dialogs muss die Frage sein, wie wir die mit einer in Bedeutung und Grösse wachsenden Hochschule verbundenen Verkehre für alle Beteiligten so effizient abwickeln, dass das in diesem Bereich ohnehin stark belastete Strassennetz nicht völlig überlastet wird und wir Unterrombach nicht – wie es meine Kollegin Schlipf zurecht angemerkt hat – zum Parkplatz der Hochschule degradieren.

Wir sind zu diesem Dialog gerne bereit. Nachdem wir davon ausgehen, es auf beiden Seiten mit intelligenten Menschen zu tun haben, hat er das Potential, spannend zu werden.

Mit ins Boot genommen werden muss aber auch die **Hochschule** selbst. Eine **Anpassung der Anfangszeiten** ist zwingend geboten, um die Stosszeiten sowohl für den Autoverkehr, aber auch für den ÖPNV zu entflechten. Für uns hat die Hochschule oberste Priorität und wir stehen ohne Wenn und Aber zu erforderlichen Investitionen. Bei dieser Frage jedoch fordern wir ein Entgegenkommen der Hochschulverwaltung ein, weil mit geringen Mitteln für die Abwicklung des Verkehrs ein grosser Effekt zu erzielen ist.

Ein grosser Schritt nach vorne ist das jetzt eingeführte **streckenunabhängige Semesterticket** zu einem attraktiven Preis. Was mussten wir uns alles anhören, als wir dies hartnäckig immer wieder gefordert haben und zunächst immer nur Parkhäuser und Parkplätze auf die Tagesordnung kamen. Wir behinderten den Ausbau der Hochschule, gefährdeten Exphlorino und ähnlichen Unsinn. Aber es hat sich gelohnt. Dass wir zuletzt in der Sitzung des Gemeinderats mit dem Landrat Anfang des Jahres nicht locker gelassen haben, hat zu einer Zusage geführt, ein Konzept vorzulegen und damit im letzten Moment, als die Stimmung völlig gegen uns zu kippen drohte, den Durchbruch eingeleitet.

Das, was jetzt an der Hochschule in Gang kommen wird, ist gewissermassen ein Mikrokosmos für die Gesamtstadt. Auf Anträge der CDU-Fraktion und unserer Fraktion wird der inzwischen völlig überholte Verkehrsentwicklungsplan aus dem Jahr 1994 durch ein **Mobilitätskonzept** vollständig abgelöst. In diesem Konzept müssen die Grundlagen der Verkehre, deren Verteilung und der angestrebte Anteil der verschiedenen Verkehrsmittel völlig neu ermittelt und Zielvorgaben und Massnahmen erarbeitet werden. Grundlage für die Verkehrsentwicklung, wie auch für die Stadtplanung muss das Klimaschutzkonzept sein. Ziel, einen möglichst hohen Verkehrsanteil auf den sogenannten Umweltverbund (ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr) zu verlagern, hierfür die Bedingungen zu schaffen und damit Strassenneubauten weitestgehend überflüssig zu machen. Der von Herrn Sandel errechnete Erneuerungsturnus bei dem vorhandenen Strassennetz von 103 Jahren belegt, dass ein solches Vorgehen nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch ohne Alternative ist.

In der Kürze der Zeit haben wir unsere Kräfte zunächst darauf konzentriert, die Erarbeitung eines komplett neuen Mobilitätskonzepts im Gemeinderat und gegen gewisse Beharrungskräfte in der Verwaltung durchzusetzen. Jetzt muss es darum gehen, geeignete Fachleute zu finden, vor allem aber, die Bürgerinnen und Bürger einzubinden und auf dem gemeinsamen Weg mitzunehmen.

Konsequent war es vor diesem Hintergrund auch, die **Schleifbrücken-
querspange** aus der Finanzplanung zu streichen. Ein Projekt, das noch vor kurzem einhellig im Ältestenrat abgelehnt und von der Bauverwaltung hinter den Kulissen wieder eingefädelt wurde. Angeblich – so versuchte man uns durch die Vorspiegelung falscher Tatsachen zu locken – hätten nun die Uhland-Realschule und Zeiss nach der früheren brüskten Ablehnung plötzlich eine heisse Leidenschaft für das Vorhaben entwickelt. Ein Strassenbauprojekt, das aktuell weniger Sinn macht denn je. Es gibt Parallelverbindungen über die Heinrich-Rieger-Strasse und die früher angedachte Schliessung der Verbindung über die Curfess-Strasse ist nach Mercatura und der Neubebauung mit städtischem Wohnen auch vom Tisch. Hier können wir also in aller Ruhe die Ergebnisse des Mobilitätskonzepts abwarten.

Sicher im Sinne dieses Konzepts und auch des Klimaschutzes ist es, dass wir die Dauer-Null, die die Verwaltung im Etatentwurf dem **Radwegebau** in den nächsten vier Jahren verordnet hatte, geknackt haben. Das Stück **Kochertalradweg** zwischen den beiden Bahnübergängen ist in seinem jetzigen Zustand für Radfahrer, aber auch vor allem für Fussgänger, extrem gefährlich. Abhilfe ist mit vergleichsweise geringem Aufwand zu schaffen. Wir freuen uns, dass auf unseren Antrag 2012 diese Lücke im Radwegenetz endlich geschlossen wird.

Ein wichtiges Signal an die Kinder und Jugendlichen in einem benachteiligten Gebiet ist es, dass dieses Jahr der Bolzplatz auf dem Rötenberg angegangen wird. Nirgends ist das Geld besser eingesetzt als dort. Der Rat hat mit grosser Mehrheit unserem Antrag, die beabsichtigte Streichung sämtlicher Mittel für die **Neuanlegung von Spielplätzen** und das **Baumpflanzprogramm** in den nächsten vier Jahren rückgängig zu machen, zugestimmt und damit der Verwaltung die „Rote Karte“ gezeigt. Alles andere wäre ein Armutszeugnis in Sachen Familienpolitik und Klimaschutz gewesen. Wir erwarten schon, Frau Heim-Wenzler, dass die Ausrichtung der Politik auf Klimaschutz und Familien nicht nur in Hochglanzprospekten und Sonntagsreden statt findet, sondern sich das Koordinatensystem der Bauverwaltung auch in der praktischen Anwendung daran orientiert.

Das **Klimaschutzkonzept** gilt es nicht nur beim Verkehr, sondern in allen Feldern der Kommunalpolitik umzusetzen. Uns ist es schnurzegal, ob „Aalen schafft Klima“ als Marke eingetragen wird. Entscheidend ist nicht, was drauf steht, sondern was in der Packung drin ist.

Überarbeiten sollten wir gemeinsam die **Familienförderung durch Baulandpolitik**. Der Verkauf von Bauplätzen zu Preisen deutlich unter dem Marktwert, in der Wehrleshalde wurden auf dem privaten Markt bis zum doppelten des städtischen Preises bezahlt, begünstigt zum einen den weiteren Landschaftsverbrauch und die Schaffung zusätzlicher auf Dauer nicht bezahlbarer Infrastruktur. Gefördert werden überdies einige Wenige mit viel Geld. Diejenigen, die im Bestand den Generationenwechsel fördern, für die man keine neuen Strassen braucht und die die energetische Sanierung angehen, gehen leer aus. Zusätzlich werden sie durch unser Steuersystem dadurch benachteiligt, dass sie im Gegensatz zu Häuslesbauern Grunderwerbsteuer auch für den Gebäudewert bezahlen.

Viele Familien mit Kindern, die es viel nötiger haben als die, die sich einen Neubau leisten können, gehen auf diese Weise bei der städtischen Förderung komplett leer aus. Das ist für uns ein sozialer und ökologischer Missstand, den es zu abzustellen gilt.

Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, waren einige Ausblicke auf zukünftige Aufgaben. Aber bei allen Nachteilen, die das neue doppische Format des Haushalts uns in der Einzelbetrachtung gebracht hat, eröffnet es uns gleichzeitig die Chance, den Kopf für die Grundlinien der Politik frei zu bekommen und auf die Zukunft zu fokussieren. In diesem Sinne konstatieren wir: Es ist uns gelungen, einiges am Haushaltsentwurf zu verbessern, den Blick in einigen wichtigen Bereichen nach vorne zu richten. Den Rest haben wir uns zur Umsetzung vorgemerkt.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN dankt allen bei der Erstellung des Etats Beteiligten für ihre Arbeit. Bei Herrn Staiger bedanken wir uns besonders für das jahrzehntelange enorme Engagement, das hohe Mass an Sachorientierung, Fairness und positiver und offener Kommunikation. Mit Ihnen geht ein Pflichtbewußtsein alter Schule, das uns in der Verwaltungsspitze sehr fehlen wird. Die ausführliche Laudatio erfolgt später. Aber wir werden Sie bei den zukünftigen Haushaltsplanberatungen vermissen. Sie, Frau Faußner treten in grosse Fussstapfen, sind aber klug genug, dies zu wissen und fähig, die enormen Herausforderungen der nächsten Jahre kraftvoll anzugehen. Ihnen und Ihrem Team bieten wir unsere Zusammenarbeit an und freuen uns darauf. Dem Haushaltsentwurf für 2012, der Mittelfristigen Finanzplanung und dem Stellenplan werden wir zustimmen. Vielen Dank!

Fleischer

(Es gilt das gesprochene Wort)